



**UNITED FOR
DEMOCRACY
UNITED FOR
DEMOCRACY
UNITED FOR
DEMOCRACY**

PES 10TH CONGRESS
12 & 13 JUNE 2015
BUDAPEST

Für ein tolerantes, integratives und demokratisches Europe Angenommen durch den SPE Kongress

In diesem Jahr feiern wir das 20. Jubiläum des Schengener Abkommens, welches einen wesentlichen Baustein für integrativere, freiere und offenere Gesellschaften darstellt. Dieses Abkommen ist ein Beleg dafür, dass die Unterzeichnerstaaten ausreichend Vertrauen ineinander haben, ohne Binnengrenzen zu leben. Diese Idee ist derzeit jedoch bedroht.

Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) verpflichtet sich, sich für Frieden, Fortschritt und Wachstum aller Europäerinnen und Europäer durch die Bekämpfung der Dämonen der Vergangenheit einzusetzen. Die Dinge, die wir bis heute erreicht haben, werden als selbstverständlich erachtet. Das Ergebnis ist eine besorgniserregende Reaktion gegen europäische Werte und deren demokratisches Wesen durch extremistische Ideologien und Bewegungen.

Möglicherweise riskieren wir das Aufkommen von unterdrückerischen, durch Wahlen legitimierte Demokratien, in denen Freiheit und die persönliche Entfaltung bedroht sind. Die Rechtsstaatlichkeit ist ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie. Nur die Demokratie kann der großen Gefahr des Machtmissbrauchs begegnen.

Stärkung der Rechtsstaatlichkeit

Unsere größte Herausforderung besteht in der Stärkung und dem Schutz unserer Kernwerte mit einem ausgeglichenen Verhältnis zwischen Freiheit, Sicherheit, Schutz und Privatsphäre auf der Grundlage von demokratischen Grundsätzen. Die SPE bekräftigt erneut, dass sie zu den in der Grundrechtecharta der Europäischen Union ausgeführten grundlegenden Rechten steht und insbesondere zu dem Recht eines jeden EU-Bürgers und einer jeden EU-Bürgerin auf:

Party of European Socialists
Parti Socialiste Européen

98 Rue du Trône B-1050 Brussels
T+32 2 548 90 80 F+32 2 230 17 66

AISBL-BBCE-N°0897.208.032
info@pes.eu www.pes.eu



Please note: This is a courtesy translation. Only the English version should be considered binding.

- Menschenwürde;
- Freiheit und Sicherheit, das Recht auf Eheschließung und das Recht auf Gründung einer Familie, Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, Meinungs- und Informationsfreiheit, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit sowie das Recht auf Bildung, Asyl und Schutz im Falle von Entlassung, Ausschluss oder Auslieferung;
- Gleichheit vor dem Gesetz, Gleichbehandlung, kulturelle, religiöse und sprachliche Vielfalt, Gleichheit zwischen Männern und Frauen, Schutz der Rechte von Kindern und Senioren, Integration von Menschen mit Behinderung;
- Zugang zu gerechten und angemessenen Arbeitsbedingungen, zu Sozialversicherung und Sozialhilfe, zu Gesundheitsversorgung und Zugang zu Dienstleistungen;
- Wahlrecht sowie Reise- und Niederlassungsfreiheit.

Bei ihrem Einsatz für Rechtsstaatlichkeit steht die EU vor großen Herausforderungen. Im Falle von Verstößen durch einen Mitgliedstaat ist die Handlungsmacht der EU eingeschränkt. In den letzten zehn Jahren haben konservative Staats- und Regierungschefs, einschließlich Viktor Orbán in Ungarn, regelmäßig durch das Missachten von Recht und Freiheit mit dem Gebot der Rechtsstaatlichkeit gebrochen. Eine weitere Gefahr, welche die EU in mehreren Mitgliedstaaten bekämpfen muss, ist Korruption. Abgesehen von einem politischen Dialog kann dies lediglich durch die Anwendung von Artikel 7 des Vertrags über die Europäische Union erfolgen, durch welchen Verwarnungsverfahren mit einer abschließenden Bestimmung zur Aufhebung des Wahlrechts eingeführt wurden. Dies wäre eine solch ernste Maßnahme, dass von dieser bis zum heutigen Tag noch nicht Gebrauch gemacht wurde.

Wir begrüßen den Rahmen zur Rechtsstaatlichkeit in der EU, welcher von der Europäischen Kommission eingeführt wurde; dennoch verlangen wir die Einführung eines **EU-Demokratiegradmessers** (dieser hätte die Funktion eines **Frühwarnsystems**), um zu kontrollieren, ob Mitgliedstaaten die gemeinsamen Werte der EU einhalten und die Grundrechte achten. Zu diesem Zweck müssen keinerlei neue Agenturen oder Institutionen gegründet werden. Erforderlich sind lediglich eine bessere Koordination, eine verstärkte Zusammenarbeit und die Ausschöpfung bestehender legislativer und nicht-legislativer Instrumente in den entsprechenden Bereichen.

Die EU muss sich dieser Herausforderungen annehmen, um zu gewährleisten, dass der Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit angewendet und allen Bürgerinnen und Bürgern das gleiche Recht garantiert wird.

Vereint gegen Furcht

Unsere grundlegenden europäischen Werte werden von mehreren Seiten angegriffen. Wir sind momentan Zeugen eines Aufstrebens extremistischer Bewegungen von sämtlichen Randbereichen des politischen Spektrums. Diese vertreten Ideologien, die Intoleranz fördern, Minderheiten nicht respektieren und unsere Gesellschaften polarisieren. Die Austeritätspolitik, ein demokratisches Defizit und die andauernden wirtschaftlichen Herausforderungen für Bürgerinnen und Bürger haben das Vertrauen in die politischen Institutionen erschüttert. Dieser Vertrauensverlust ist der Nährboden für das erneute Aufkommen von Nationalismus, Hasspredigten und einer Politik der Furcht – dies sind genau die Grundlagen für Populismus und Extremismus vom rechten Rand. Diese Parteien verbreiten falsche Propaganda und stören auf diese Weise unseren sozialen Frieden.



Europa hat mehrere Terroranschläge erlebt, die genau darauf abgezielt sind, Misstrauen in unseren Gesellschaften zu streuen und somit die Demokratie und unsere fundamentalen Werte zu bedrohen. Europa benötigt eine koordinierte und gemeinsame Antwort auf all diese Gefahren, bei der jedoch grundlegende Freiheiten respektiert werden. Es liegt in unserer gemeinsamen Verantwortung, die Koordination auf europäischer Ebene zu verbessern. Die dramatischen Ereignisse zu Beginn dieses Jahres sind ein eindeutiger Beleg dafür, dass jetzt gehandelt werden muss.

Wir sind der Ansicht, dass die Europäische Union die Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger schützen muss, weshalb es die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu stärken gilt. Dabei müssen wir für ein ausgeglichenes Verhältnis sorgen und dass die Grundrechte der europäischen Bürgerinnen und Bürger vollständig respektiert werden. Die Bekämpfung von Terrorismus und Radikalisierung muss Hand in Hand mit einem intensivierten Dialog gehen, um wahrhaftig offene Gesellschaften zu fördern. Wir wünschen uns eine Gesellschaft, in welcher die Menschenrechte gesetzlich garantiert werden, unabhängig von Rasse, Behinderung, Religion, Herkunft, Geschlecht, geschlechtlicher Identität, sexueller Orientierung eines Menschen und ohne sonstige Form der Diskriminierung.

Wir möchten erneut auf die Erklärung der Vorsitzenden der SPE im Februar 2015 verweisen und verurteilen aufs Schärfste sämtliche Versuche, terroristische Anschläge zu rechtfertigen oder diese zu nutzen, um eine Gemeinschaft zu stigmatisieren oder die Freiheiten der Menschen einzuschränken. Diese Angriffe haben unsere Entschlossenheit, uns für eine integrative und freie Gesellschaft und die Achtung der Meinungsfreiheit einzusetzen, nur weiter gestärkt.

Auf das Schärfste verurteilen wir die abscheuliche Reaktion der Parteien am äußersten rechten Rand, die versucht haben, sich die Anschläge zunutze zu machen, indem sie darauf ihre Hasskampagnen aufbauen. Unsere Antwort auf Terroristen und Extremisten ist Einheit. Wir glauben fest daran, dass es ohne die Achtung von demokratischen Grundsätzen und Rechtsstaatlichkeit keinerlei Sicherheit geben können.

Die SPE lehnt entschieden jegliche Form von Antisemitismus, Antiziganismus, Islamophobie, Rassenhass, Homophobie, Fremdenhass, Transphobie sowie sämtliche Formen von Intoleranz gegenüber Menschen mit Behinderung ab. Darüber hinaus lehnen wir Hasspredigten ab, die die Ursache für Diskriminierung, Feindschaft oder Gewalt in Gesellschaften darstellen.

Vor sieben Jahren hat die Europäische Kommission ein Gesetz zum Verbot von Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung, ebenso wie aufgrund des Alters, Behinderung und Religion außerhalb des Arbeitslebens, vorgeschlagen. Wir verurteilen scharf, dass der Vorschlag auch sieben Jahre danach, trotz großen Drucks durch das Europäische Parlament, immer noch vom Rat blockiert wird. Aus diesem Grund müssen wir unseren Kampf für eine europäische Richtlinie gegen sämtliche Formen der Diskriminierung innerhalb und außerhalb der Arbeitswelt fortsetzen.

Es bedarf einer aktiven Politik, um jegliche Form von Diskriminierung und Intoleranz zu bekämpfen. Die europäischen Verordnungen im Hinblick auf Achtung und Schutz von Minderheiten müssen sorgfältig umgesetzt werden. Insbesondere Roma benötigen Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Wohnungen und Maßnahmen zur Verhinderung von Ausgrenzung.



Stärkung und Engagement von europäischen Bürgerinnen und Bürgern

Europa erlebt einen Rückgang der Bürgerbeteiligung, eine Senkung des politischen und sozialen Kapitals, eine geringe Wahlbeteiligung, insbesondere bei Europawahlen, und einen Mangel an Vertrauen in Politik und Politiker.

Die SPE möchte das Problem der Enthaltung und der Politikverdrossenheit angehen. Unser Ziel besteht darin, die Bürger wieder zu beteiligen. Um die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern zu erhöhen und Demokratie, Toleranz und grundlegende Freiheiten zu stärken, müssen wir mehr in die gesellschaftliche Ausbildung und in die Bildung von Werten und Rechten investieren, um integrative Gesellschaften zu bilden.

Die SPE erachtet das Problem der geringen Wahlbeteiligung als eine wesentliche politische Herausforderung. Als Demokraten müssen wir in der Lage sein zu vermitteln, worum es bei Demokratie geht – und zwar ganz besonders den jungen Generationen. Heutzutage variieren die Wahlsysteme von Land zu Land deutlich. Immer weniger Bürgerinnen und Bürger machen von ihrem demokratischen Wahlrecht Gebrauch.

Unsere politische Familie hat eine besondere Verantwortung dafür, zu gewährleisten, dass das Grundrecht zu wählen für sämtliche Wählerinnen und Wähler in Europa eine Realität ist und bleibt. Aus diesem Grund unterstützen wir Wahlrechtsreformen, bei denen die Möglichkeiten zur Wahl erweitert werden und das System an sich vereinfacht wird, um sicherzustellen, dass jeder sowohl auf nationaler Ebene als auch auf internationaler Ebene an diesem demokratischen Prozess teilnehmen kann. Wir möchten die Vorteile der vorzeitigen Stimmabgabe untersuchen, die Zugänglichkeit von Wahllokalen erhöhen und junge Wähler mobilisieren.

Die SPE wird sich für eine Reform des europäischen Wahlrechts einsetzen, durch welches die europäische Dimension der Europawahlen sowie der Begriff der Unionsbürgerschaft gestärkt werden sollen. Es ist weiterhin wichtig, dass wir die Bedeutung des Europäischen Parlaments stärken. Wir müssen dessen demokratische Befugnisse stärken, sodass jede Bürgerin und jeder Bürger das Gefühl bekommt, jede Stimme hat Gewicht.. Das ist die hauptsächliche und eigentliche Motivation für Bürgerinnen und Bürger ihr Wahlrecht wahrzunehmen. Die sozialdemokratische Familie muss für die nächsten Europawahlen eine gemeinsame Wahlstrategie aufstellen. Die SPE muss die Bürgerinnen und Bürger dazu ermutigen, während dieser Wahlen die drängenden politischen Probleme auf europäischer Ebene vorzustellen. Wir hatten ein gemeinsames Wahlprogramm und einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten für die Europäische Kommission, nun müssen wir durch eine europaweite Kampagne, durch welche die Themen und die Strategien der Sozialdemokraten betont werden sollen, auf diesen wesentlichen Schritten aufbauen.

Wir sind davon überzeugt, dass wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit, unsere Werte und insbesondere sämtliche europäische Bürgerinnen und Bürger zum Kern unserer Handlungen machen müssen. Die SPE und deren Mitgliedsparteien und -verbände müssen sich bei sämtlichen relevanten Prozessen dafür einsetzen, das Vertrauen und die Zuversicht der Bürgerinnen und Bürger in die Politik wiederherzustellen, deren Werte zum Ausdruck zu bringen und deren Hoffnungen durch das Angebot echter und progressiver politischer Lösungen zu verdeutlichen, die sich von den Lösungen anderer Parteien unterscheiden.



Zusammenfassend drängt die SPE sämtliche europäischen Parteien dazu, an folgenden Punkten mitzuwirken:

- an einem **EU-Demokratiegradmesser**, der die Funktion eines **Frühwarnsystems** hätte, um umfassend zu gewährleisten, dass Grundrechte und die Rechtsstaatlichkeit nicht allein in den Staaten respektiert werden, die sich um eine EU-Mitgliedschaft bewerben, sondern auch in den Staaten, die bereits Mitglieder sind;
- an einem Vorschlag für ein **verbindliches Verfahren** für den Fall, dass irgendein EU-Mitgliedstaat gegen unsere grundlegenden Werte und Rechte verstößt;
- an einem verstärkten Engagement, um die bestehenden rechtlichen Hürden zu beseitigen, die eine lang erwartete **Einführung der Europäischen Menschenrechtskonvention** verhindern;
- an der Einführung eines **EU-Antidiskriminierungsgesetzes**, um eine Gleichbehandlung unabhängig von Religion oder Glauben, Behinderung, Alter oder sexueller Orientierung zu gewährleisten; und
- an der Untersuchung einer **Vereinfachung** der Wahl- und Registrierungssysteme und eine Ausweitung der Wahl.

Gemäß ihrer Satzung wird die SPE weder Erklärungen oder Handlungen akzeptieren, die unsere gemeinsamen Grundsätze gefährden, noch Beziehungen zu einer Partei haben, die diese nicht teilt. Wir machen uns das Motto der EU, „Einheit in Vielfalt“, zu eigen und bitten alle sonstigen politischen Parteien in Europa, dies ebenfalls zu tun.

